

# Volksblatt

Verlag u. Geschäftsstelle:  
Halle (Saale), Burg 42-44,  
Fernruf 1047.  
Erscheint von 7 1/2 Uhr früh  
bis 5 Uhr nachmittags.  
Postdirection: D 213 181 08.

Schreibleitung:  
Halle (Saale), Burg 42-44,  
Fernruf 1045.  
Erscheinung: Nur wochentags  
von 12 bis 1 Uhr mittags

## Sozialdemokratisches Organ für Halle und den Bezirk Merseburg.

Bezugspreis: Frei Haus monatl. 1,75 Mk., vierteljährl. 5,25 Mk.;  
durch die Post bezogen monatl. 1,75 Mk., ohne Zustellungsgebühr.

Erscheint jeden Freitag nachmittags.  
Anzeigen bis morgen 9 Uhr erbeten, größere tags vorher.

Anzeigenpreis: 20 Pf. für den Millimeter Höhe u. Spalte; 60 Pf.  
für Reklame, anstehend an den dreispaltenigen Zeitstreifen.

### Der „große“ Hindenburgempfang.

Oberst Reinhard der Maeder.

Die monarchistische Presse berichtet in spaltenlanger Ausführlichkeit über den Empfang Hindenburgs in Berlin, wo der große Mann bekanntlich dem parlamentarischen Untersuchungs-ausschuß vernommen werden soll. Da Reichspräsident er, hatte die Regierung ihm einen Sonderzug zur Verfügung gestellt, der, wie vorgelesen, auf die Winaue pünktlich am Mittwochnorgen 8.57 Uhr auf dem Bahnhof Zoologischer Garten eintraf. Ein offizieller Empfang mit großem Gepränge war von Rostes Ministerium vorbereitet worden. Herrn Rostes Kompanon, Oberst Reinhard, hatte sich selbst zum Empfang eingefunden. Auf dem Bahnhofs- und dem Bahnhofstrepp waren präferierende Kolten aufgestellt, vor dem Bahnhof hatte eine Ehrenkompanie Aufstellung genommen. Um das Bild zu vervollständigen, erwarteten Lubendorff in Pelz und Spiegelmantel, Glinde, Giffert, die Offiziere der ehemaligen Kavallerie, die in herausfordernder Paradeuniform und eine Anzahl Mitglieder des Reichsvereins in Zivil, um das „ihren Generalfeldmarschall“. Die nationalsozialistischen Schreier waren ebenfalls stark vertreten, sie brachen in hitzerische Hoch- und Gurrufe aus, als der Sonderzug in den Bahnhof eintraf; der Bahnschein selbst war für den privaten Verkehr gesperrt worden. Dem Zuge entstieg Hindenburg im Pelz, sein Sohn, Hauptmann v. Hindenburg und Hauptmann v. Stülpmann, der frühere stellvertretende Chef bei der O. S. A. Eine „Ehrenkompanie“ überreichte Hindenburg einen Strauß frischer Lilien, dieser küßte Lubendorff auf beide Wangen und begrüßte die anderen Anwesenden. Das „Anbildern“ auf der Straße brüllte immer wieder Hurra und umdrängte den Feldherrn, so daß es ihm unmöglich war, durch die Menge sich einen Weg zu bahnen. Endlich konnte er die Front der Ehrenkompanie abbrechen, die Willkommensfeierlichkeiten und die Menge lang: „Deutschland, Deutschland über alles!“ Wiederholt hörte man Rufe wie: „Nieder mit dem Untersuchungs-ausschuß!“ und Schreie auf die Regierung. Erst nach längerer Zeit konnte sich der Kaiserwagen der Hindenburg und sein Gefolge in ein Hotel begeben, in Bewegung setzen.

Die arbeitereindlichen Wälder sind natürlich hochinteressant über die begeisterten Kundgebungen für den Generalfeldmarschall und mühten diese nach bedächtigem Manier als die wahre Stimmung „des Volkes“ hinstellen. Wir sind indessen der Ansicht, daß die Frau, die das O. S. A. auf die Internationale ausbrachte und „Nieder mit dem Massenmörder“ rief, besser der Auffassung des Sozialismus, und damit der großen Mehrheit der Berliner Bevölkerung, entsprechen hat.

In Berlin herrscht noch immer der Belagerungszustand. Politische Kundgebungen unter freiem Himmel sind ausdrücklich verboten. Als am 7. November einige Hundert Kommunisten einen Demonstrationzug zu bilden versuchten, wurden sie rüchloslich auseinandergetrieben. Wir fragen: Darf denn die alldeutsche Bürgergesellschaft demonstrieren, während man Arbeiter, die das Reich die Reaktion ein Jahr nach der Revolution ihr Haupt erhebt, wie sie bereits die Zeit gekommen sieht, ihre alten Ohren wiederum auf den Thron zu setzen. Wenn dies in der „sozialistischen“ Republik möglich ist, ja, wie können die Herren Oberst, Bauer, Scheidemann damit noch den Arbeitern vortreiben, die Republik ist gegen keine Umwälzung gesichert?

Der launische Wortwärt, der bisher so scharfsinnig und folgerichtig die Handlungen der „Genossen“ zu recht fertigen wußte, wird jetzt endlich auch rabellisch. Er schreibt: Offenlich sieht man endlich, endlich ein, daß es ein ungeheurer Fehler war, Reinhard nicht schon längst dazubringen. Als Offizier einer republikanischen Truppe ist er aber unmöglich und geradezu ein Sohn auf die Republik. Auch menschlich muß jeder mit diesem Mann fertig sein, der erst auf die Regierung mörderisch schimpft, dann sich von ihr und der Partei ziehen läßt, aber seine gereizte Stellung nur dazu benutzt, um neue Eigenmächtigkeiten zu beschönigen und Ängstigen anzugewöhnen. Welche der Regierung, die sich von „ihren“ Offizieren auf der Nase herumtanzen läßt!

So schreibt derselbe Wortwärt, der bisher hoarschreiend behauptete, daß sich die Regierung der monarchistischen Offiziere bedienen müsse. Trotzdem wird Reinhard seine Stellung nicht verlieren. Denn die Ohnmacht der Regierung ist ihm so groß, daß der Versuch, solche Offiziere zu entfernen, den Anlaß für die gegenrevolutionäre Bewegung bilden würde.

### Die Front Demittus durchbrochen.

Amsterdam, 13. Nov. (B. Z. N.). Nach einem drucklosen bolschewistische Bericht haben die roten Truppen die Front des Generals Demittus auf einer Breite von 40 Meilen durchbrochen. Einer anderen bolschewistischen Meldung zufolge ist Demittus bei der Gegend von Demittus von den Bolschewisten geschlagen worden und hat den Rückzug angetreten.

Schiffahrt, 13. Nov. (B. Z. N.). Die Bolschewisten greifen nach Südrussland auf der ganzen Front heftig an.

### Sozialistische Einheitsfront in Rußland.

Die Arbeiter Bewegung gibt drucklose Meldungen aus Rußland wieder, nach denen die Bedrohung der russischen Republik durch die garistischen Armeen eines Demittus und eines Juchenski hat aufgehört, da alle sozialistischen Parteien neben den Bolschewisten, nämlich der alten die Menschewiki, die internationalen Sozialdemokraten und die revolutionären So-

zialisten, ihre Gegenseite untereinander und gegen die Bolschewisten zurückgestellt hätten, um gemeinsam das gesamte russische Proletariat, die Anhänger sämtlicher sozialistischer Parteien, zum Kampfe gegen die Truppen der reaktionären Generale, die Rußland mit neuem furchtbarem Jargon bedrohen, aufzurufen. Die Anrufer dieser Parteien haben gewaltige Wirkung gehabt, überall werden die energiegeladesten Widerstände gegen die Juchenski-Truppen vorbereitet und die Eroberer, die diese vor einigen Wochen gehabt hatten, sind von den Truppen des vereinigten russischen Proletariats längst wieder wegt gemacht worden. Der Erfolg ist nicht nur der zahlenmäßige, sondern vor allem der moralischen Überlegenheit der proletarischen Truppen zu verdanken, denn während die Armeen der Juchenski-Truppen nur ein Gaudium zusammengekaufter Landsknechte sind, die ohne jedes Ideal nur eine hohe Löhnung und Gelegenheiten zum Rauben und Mordern haben wollen, betreiben die Truppen der Sozialisten ein begehrtetes Proletariat, die wissen, daß ihr Erliegen, der Beginn einer neuen furchtbaren Reaktion sein würde.

Trotz aller militärischen Bewundrungen und trotz der bestehenden unabweisbaren wirtschaftlichen Schwierigkeiten unterläßt die russische Arbeiterbewegung es nicht einen Augenblick, an der Durchbringung des Landes mit sozialistischen Idealen und an seinem wirtschaftlichen Aufbau zu arbeiten. In der letzten Zeit wurden insbesondere im Ausbau des Jugendsportes und der Kindererziehung große Fortschritte erzielt. Die wirtschaftliche Kommission hat einen Plan zur Organisation, sorgfältige Verpflegung von Kindern von Arbeitern und Beamten, die der meiste Lohnklasse angehören, für ganz Rußland ausgearbeitet. Sämtliche Kosten der Verpflegung dieser Kinder mit Lebensmitteln trägt der Staat. So werden im Gouvernement Moskau allein über eine Viertelmillion armer Kinder auf Staatskosten ernährt. Gleichzeitig wurden in den verschiedenen Gouvernements Arbeitskolonien für Arbeiterkinder eingerichtet, die vor allem der Erziehung der Kinder zur Arbeit dienen sollen.

### Hugo Haases Bestattung.

Am Donnerstag abend im Reichstag abgehaltenen Trauerfeier ist am Donnerstag die Urne mit der Asche Hugo Haases nach dem Friedhof in Friedrichsfelde überführt worden. Ein eigener Beerdigungszug über die Bestattungsorte ist und bis jetzt noch nicht eingezogen worden, daher erst morgen ausführlicher berichten. — Nach kurzen Meldungen der hiesigen Presse fand der Beerdigung eine überaus starke Beteiligung. Durch den sicher-lichen Trauerzügen kamen zahlreiche Deputationen nach dem Friedhof, auf dessen Sühnbühne die Abordnung Aufstellung nahmen, die ihrem Führer Haases das letzte Geleit geben wollten. Große Menschenmengen drängten sich um das Reichstagsgebäude, von wo aus sich der Zug um 11 Uhr nach Friedrichsfelde in Bewegung setzte.

London, 12. Nov. (Havas). Der Vorkriegsrat der Arbeiterpartei beschloß, den deutschen Sozialisten anlässlich des Ablebens Haases eine Sympathieadresse zu lassen, in der der Hoffnung Ausdruck verliehen wird, daß die deutschen Kameraden sich am Grabe des Verstorbenen wieder zusammenfinden möchten.

### Genosse Dr. Cohn Fraktionsvorsitzender.

Zum Nachfolger Haases als Vorsitzender der Fraktion der Unabhängigen Sozialdemokraten in der Nationalversammlung ist nach Meldungen der hiesigen Presse aus Berlin, der Abg. Dr. Cohn gewählt worden.

### Mara Zetkin schwer verunglückt.

Wie der Freiheit aus Stuttgart berichtet wird, erlitt die Genossin Mara Zetkin in ihrer Wohnung in Stuttgart bei einer Arbeit ein schweres Unfall. Sie stürzte hin und zog sich einen Bruch des Oberschenkels zu.

Die deutsche Arbeiterpartei, das Proletariat der ganzen Welt wird die Nachricht von dem schweren Unfall der Genossin Mara Zetkin mit schmerzlichen Bewahren lesen. Insbesondere die proletarischen Frauen, die ihr so viel zu verdanken haben, werden mit uns allen die herzlichste Teilnahme für das Missgeschick der Genossin Zetkin ausdrücken.

Mara Zetkin, die im 63. Jahre steht, hat die Arbeit ihres Lebens dem Proletariat gewidmet, und wenn sich auch unsere Wege seit dem März-Parteien der Unabhängigen Sozialdemokratie getrennt haben, so wissen wir doch, daß sie mit uns das gleiche Ziel verfolgt: das sozialistische Reich, das die Arbeiterklasse jetzt noch zu tragen hat, zu zerbrechen und eine höhere Wirtschaftsform, die sozialistische Produktionsweise, durchzuführen.

Wir wünschen mit der Freiheit der Genossin Zetkin baldige und völlige Genesung; wir hoffen, daß sie bald wieder in den vordersten Reihen des Proletariats als Beraterin für den sozialistischen Bewußtsein unter den Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse begrüßt zu können.

### Anhebung des Posttages.

Berlin, 12. November. Der unabhängige Abgeordnete Adolf Hoffmann hat in der Reichstags-Landesversammlung den Antrag eingebracht, die Staatsregierung zu ersuchen, a) den Posttag als gesetzlichen Feiertag aufzuheben und b) den 8. November zum gesetzlichen Feiertag zu erklären.

### Die Sparprämienanleihe.

Just am Jahrestage der deutschen Revolution begründet das Reichsfinanzministerium das deutsche Volk mit einer Anleihe, die, wenn man hinter den Trübsal und Täuschungswind des Finanzenganges Ergrübler den realen Kern sucht, als eine Neuauflage der Kriegsanleihe erscheint. Großartig, wie Matthias Erzberger nun einmal arbeitet, läßt er durch die gesamte deutsche Presse in monarchistischerischer Literatur den neuen Plan verbreiten. Ob er Glück haben wird, läßt sich bei dem unkontrollierbaren und unbedarftigen Bewußtsein der gegenwärtigen Finanz- und Wirtschaftslage nicht voraussagen. Möglich ist es schon, denn das Erzbergerische Projekt bietet all denen, die das durch den Kriegswucher ermordete Geld unterbringen möchten, willkommenen Entschluß und beträchtliche Vergünstigungen.

Prämienanleihen sind in der Vergangenheit immer nur dann aufgelegt worden, wenn das staatliche Finanzwesen sich im Zustand heillosen Verfall befand. In dem Frankreich vor der großen Revolution, unter der zügellosten Verschwendungswirtschaft der letzten Ludwig, wurde die Anleihe mit dem Glücksspiel verbunden. Ökonomisch rückständige Staaten wie Oesterreich und Preußen schloßen sich in den ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts zu solchen fatalen Anleihen. Inwiefern an die niedrigsten Anleihen selbstbeter Elemente angeschlossen wird. Und für die Anleihe „sich für die Finanzen des neuen Deutschland gibt es keinen untrüglichen Beweis als diesen Plan einer Sparprämienanleihe, den der unglückliche Erzberger in Verbindung mit geschäftstüchtigen Bankiers entworfen hat.

Das Reich braucht Geld und schnell Geld. Erzberger ist ständig auf der Suche nach neuen Einnahmequellen. Das Reichsministerium ist vorerst ein Projekt. Darauf kann nicht gewartet werden. Ohne Anleihen ist nicht auszukommen. Aber wie sollen die neuen Anleihen dem Volke, das mit Kriegsanleihen überhäuft wurde, munter gemacht werden? Wie den üblichen Anleihen ist einfach nicht zu machen. Das Reich des Deutschen Reiches Finanzengänge sehr gut. Es mußte also eine neue Form, ein neues Typ erfinden werden, mit dessen Hilfe der Geldbedarf der kleinen und großen Kriegsgewinner in die Reichskasse geleitet werden könne, und der Genius Erzberger erdacht diesen raffinierten Typ, so eine Art Mittelbildung von Sparbank und Lotterie; er schreibt darüber mit anerkennenswerter Offenheit in der Reichszeitung das Neue Reich (Nr. 20): „Man mußte sich nun fragen, welche Form man einer neuen Anleihe geben sollte. Eine einfache Fortsetzung der Ausgabekontingentsanleihe war nicht möglich, weil sie während des Krieges nicht genötigt worden war, empfahl sich schon aus dem Grunde nicht, weil erfahrungsgemäß bei Vorhandensein so großer Folgen von Anleihenverträgen eines bestimmten Typs diese Anleihen an Zugkraft in der breiten Öffentlichkeit zu verlieren beginnen. Die Tatsache, daß die Kriegsanleihen aus bekannten Gründen im Laufe der Zeit sehr gedrückt wurden, mußte ebenfalls zur Beachtung mahnen. Mit Rücksicht auf diese Überlieferung des Inlandmarktes mit deutscher Kriegsanleihe war es darum nicht ratsam, wieder den gleichen Typ zu wählen.“ Aus dieser Überlegung heraus erdacht Erzberger den neuen Typ, „der eine Mischung von Prämienanleihe und Sparanleihe darstellt.“

Genau der Reichsfinanzminister. Was ist nun unter der Sparprämienanleihe zu verstehen? Kurz gesagt: Das Reich braucht Geld in Form einer langfristigen Anleihe, deren fünfprozentige Zinsen nicht ausbezahlt, sondern fortlaufend zum Kapital gesammelt werden; den Anleihe zu der Herrschaft des Geldes auf nicht längere Zeit, die für einen üblichen Glücksspiel hohe Gewinne von 1 Million abwärts — bietet.

Die Höhe der ersten Anleihe soll 5 Milliarden Mark betragen, die in Anteilen von 1000 Mk. zu zahlen sind, deren jeder sich zusammenfügt aus 500 Mk. Kriegsanleihe und 500 Mk. in bar. Tatsächlich werden durch die Anleihe demnach nur 2 1/2 Milliarden Mark für das Reich genommen. Ist das angeht das übertragene Geldbedarfs nicht verhältnismäßig Verhältnissen seitens des Reichsfinanzministeriums? O nein! Erzberger will mit dieser ersten Sparprämienanleihe die sich bietenden Möglichkeiten erschöpfen, er will erkranken. Ein Mann, der auf unterirdisch ist, Dr. Otto Geymann (Berlin), schreibt darüber: „Man führt diese Bekämpfung auf den Wunsch der Regierung zurück, erst einmal den Boden für die Aufnahme einer neuen Reichsanleihe zu sondieren.“ Des heißt: Ist der Erzbergerischen Reichsleiter mit diesem Reich ein voller Erfolg beschissen, kann folgt recht hat eine Wiedereinnahme in erhöhtem Umfang. Und wenn das deutsche Volk, geschickt durch die Möglichkeit von Millionengewinnen, Lust und Geld hat, kann es in zahlloser Folge in der Reichsballotterie spielen — bis zum allgemeinen Bankrott.

Trotzdem die einzelnen Anteile der Anleihe nur 1000 Mk. betragen, nach dem heutigen Geldwert ein verhältnismäßig geringer Betrag, kann doch mit Bestimmtheit gesagt werden, daß die Waise des Volkes, die heute weniger denn je das einfachste Konsumbedürfnis befriedigen kann, für die Beidung in Frage kommt. Damit rechnen die Drahtzieher und Propagandisten des Reichsfinanzministeriums übrigens auch; einer von ihnen, Alfred Landsburg, bezeichnete die Anleihe, auf deren Zeichnung sich besonders gerichtet wird, als die „Schicht der Untereliten“; er schreibt über diese im Hebesitz folgenden Worte:

„Es gibt nämlich in Deutschland heute einen außerordentlich großen Kreis von Personen, die durch besondere Struktur der Arbeit und Nachkriegsnotwendigkeit zu einem verhältnismäßig hohen Einkommen gelangt sind. Man hat hierbei weniger an das Großgewerbe zu denken, als an den mittleren Kaufmann, Internisten, Bankier, Landwirt, Oligarchen usw. Bis diese Kreise ist es

hofft, daß sie, seitdem die Kriegsanleihen ihre Wirksamkeit eingebüßt haben, für ihr ungenutztes reichlich vereinnahmtes Geld keine geeignete Veranlassung zu finden wissen. Das heißt nicht nur an ihrer geringen Vertrauenswürdigkeit mit den Reichsanleihen an Kapitalmarkt, sondern auch an dem tatsächlichen Mangel an Anlagemöglichkeiten, auf ihre besonders blühende Ausdehnung der Anlagemöglichkeiten. Die Sparbanken des Reichs (Kassenvereine, Kommunalbanken u. dgl.) sind organisiert und generalisiert, kommen also an den einzelnen kleinen Kapitalisten nur ansatzweise heran. Die Eingabung bei der Wert oder Sparbank ist diesen Kreisen heute wenig sumbarhaft, da sie in Anbetracht ihrer Vermögensverhältnisse keine Mittel zu haben wünschen. Jemandem müssen aber die verdienten Gelder schließlich bleiben, und so sehen wir ihre Verwertung die eigentümlichsten Formen annehmen: die der Aufspeicherung von Wertpapieren in Aktien und Anleihen, der Lagerung in Kassen, welche die Wertverluste phantastisch bedroht, des nachlässigen Hantierens mit Wertpapieren wie Zephyren, Schmutz und überflüssigen Werten. Wie diese Erscheinungen sich auf die wirtschaftliche Lage auswirken, nämlich auf die Verlegenheit relativ wohlhabender geborener Teile des Mittelstandes, die nicht wissen, wohin mit dem Gelde. Vor allem aber führt diese Verlegenheit zu einem gewaltigen Mehrverbrauch von Lebens- und Genussmitteln, deren Preis kaum noch eine Rolle spielt. Denn wo das Geld leicht verdient werden ist es zu einem Schlachtopfer geworden, das Geld "habe keinen Wert mehr" - Beamte, Angestellte, Rentnerempfänger usw. sind freilich anderer Meinung - es müßte allabendlich ausgegeben werden.

Das Geld findet im Überflüssig schmelzenden wucherlichen Elementen der Arbeiter mit seiner Wertigkeit aus den Schuldschulden hervor. Diese Leute haben ja auch die reaktionäre Jenseitigkeit nicht nötig, sie können es sich leisten, auf Vorsehnte hinaus die Zinsen zum Kapital schlagen zu lassen. Außer dem Vordruck des Geschäftes hat der Arbeiter aber noch eine weitere Vermögensquelle für die abhörende Kapitalistischer Vermögensgegenstände. Der 20. Artikel erwähnt, ist für die einmündigen 25.000 Mark von jeder Nachschuß- und Erbschaftsteuer befreit. Ein neues Privileg, das von den Vermögensbesitzern weidlich ausgenutzt werden wird; außerdem können weitere zehn Anteile von diesen beiden Steuerarten befreit werden. Was das kommt natürlich nur für Kapitalisten in Frage.

Die Arbeiterklasse kann dem neuesten Erbschaftsreformgesetz nur die Meinung des starken, verächtlichen Kapitalismus nur kritische Ablehnung entgegenbringen. Sie hat dieses Experiment lediglich als einen weiteren Versuch zu betrachten, ein im Wesentlichen begriffliche Gesellschaftsreform durch Verändern (Rechtsnotopfer) und Tadelnspieltheit (Sparmaßnahmen) mit neuem Leben zu erfüllen. Was Erbschaft mit seiner Milliardenverteilung immerhin ein Zerschlagung, einen Scheiterns erlitten - den unaufrichtigen Niedergang des kapitalistischen Wirtschaftens- und Staatssystems wird er damit nicht aufhalten können.

## Gewerkschaften und Räteystem.

### Ein Beschluß der Berliner Arbeiterräte.

Die Vollversammlung der Groß-Berliner Arbeiterräte beschloß sich am Mittwoch mit den Vorschlägen anlässlich des Metallarbeiterkampfes. Die Fraktionen der D. S. P. und der K. P. D. schlugen gemeinsam eine Resolution vor, in der es heißt:

Die Überlegenheit des Arbeiter-Proletariats, zurückzuführen auf das Verlangen der gewerkschaftlichen Massen der Arbeiterklasse, gibt dem Proletariat die klare Behauptung, daß nur Kräfte mit übereinstimmender revolutionärer Willensrichtung an einem revolutionären Kampfe gemeinschaftlich zusammenzuschließen werden können.

Die Organisierung und Führung der entscheidenden Kämpfe des Proletariats gegen das Kapital muß erfolgen durch - auf jederzeitigen Maßstab - gewählte Funktionäre der proletarischen Revolution. Die Organisation dieser Kämpfe kann nur auf der Grundlage der Betriebe geschehen. In dieser Form ist das Proletariat zusammenschließen zu einheitlichen Kampforganisationen, deren Aufbau sofort und umfassend über das ganze Wirtschaftsgebiet Deutschlands zu geschehen hat.

Das Ringen der Arbeiterklasse um den Sozialismus muß erfolgen unter der Parole: Alle Macht den Räten, deren Fundament diese revolutionären Kampforganisationen bilden müssen.

Auf diesem Grunde erklärt die Vollversammlung, daß im Rahmen dieser Kampforganisation um das reine Räteystem kein Platz mehr ist für Organisationen des Proletariats, die nicht Mittel und Ausdruck des reinen Räteystems sind, sondern an den alten und unwirksam gewordenen Formen des proletarischen Klassenkampfes festhalten.

Diese Resolution fand einstimmige Annahme. Gegen die Freiheit waren autorisierter Agassie gerichtet. Ein Redner beschränkte sie als das Organ des äußeren rechten Flügel der D. S. P. Es wurde beschlossen, ein Flugblatt herauszugeben, das gewisse Mitteilungen, deren Aufnahme die Freiheit abgelehnt hätte, verbreiten soll.

Anschließend schloß die Vollversammlung einen Protestschluß gegen die Verabschiedung von Wahlsatzungsmaßnahmen und erklärte, im Vollausmaß nach wie vor die lebendige Forderung der Massenbewußten Arbeiter der Groß-Berliner Räte sein.

Diese Resolution wendet sich gegen den Beschluß und schreibt: Die Resolution bedeutete einen großen Mangel an sozialistischer Einsicht, sie steht auch im Widerspruch mit den früheren Beschlüssen der Vollversammlung. Es müßte gelten, die Gewerkschaften zu revolutionieren, es hätte sie beizubehalten, um ein Leben und Mitwandernarbeiten von Gewerkschaften und Räten herbeizuführen.

### Die in der Verfassung "garantierte" Versammlungsfreiheit.

Wie die Regierung damit umspringt.

Der demokratische Abgeordnete Erlesing hat in der Deutschen Nationalversammlung folgende Anfrage gestellt:

- 1. In der Verfassung Versammlungsfreiheit garantiert ist?
- 2. In welchem Umfang für gewerkschaftliche Versammlungen die Anmeldepflicht ausgeschlossen ist?

Der Reichsregierung ist natürlich bekannt, daß nach der Verfassung Versammlungsfreiheit sind viele andere schöne Dinge dieser Art garantiert. Nach den bisherigen Erfahrungen sind es aber schwerlich erwarren dürfen, daß sie sich jetzt bereit finden, die von ihren Mitgliedern beschlossene Verfassung anzuerkennen. Sie legt von der Hand in den Mund und glaubt, mit der Politik der gehaltenen Faust das Gleich unserer jetzigen Verhältnisse meistern zu können. Jetzt bekommen sogar ihre gerechten Anhänger zu spüren, was die Verfassung wert ist, wenn die Arbeiterklasse den Kampf für ihre Rechte, den Kampf gegen die Verkleinerung ihrer Lebenshaltung, führen will.

## Der Wahlkampf in Italien.

Obgleich wie Frankreich und Belgien steht auch Italien mitten im heftigsten Wahlkampf. Drei Parteien insbesondere sind es, die um den Sieg streiten. Die sozialistische Partei, die katholische Partei, die sich jetzt italienische Volkspartei nennt, und die Liberalen. Die Entscheidung liegt nach allgemeiner Auffassung nur zwischen den Sozialisten und den Katholiken, weil nur sie allein wahrhaftig organisiert sind. Die Liberalen dagegen, einmal die "Große Partei" genannt, werden durch innere Kämpfe immer bedeutungsloser. Der Versuch, einen Block aller liberalen Kräfte zu schaffen, hat weder in Rom noch in den Provinzen zur Ausführung gelangen können.

In der sozialistischen Partei dagegen ist die Einigkeit der verschiedenen Richtungen bei der Auslegung des Kongresses von Bologna gezeigt hat, erneut geschaffen worden. Durch Bericht des von Quarta geführten rechten Flügels auf Zusammenarbeit mit der bürgerlichen Regierung und durch den Bericht der Extremisten auf ihr Programm der reinen Gewalt hat sich die gemaltene Mehrheit der Partei auf ein gemeinsames Programm geeinigt. Ihre Stellung im Lande ist dadurch außerordentlich gestiegen und die Partei regnet darauf, ihre Siege im Parlament von 42, die sie augenblicklich inne hat, auf wenigstens 100 zu erhöhen. Inzwischen fürchten auch jeder noch viele Sozialisten, daß nach der Wahl eine neue Trennung zwischen den verschiedenen Richtungen der Partei erfolgen könne, wenn ein großer Teil sich zur Unterstützung einer bürgerlichen Regierung bereit finden würde.

Die Partei der katholischen Partei schließlich haben mit den sozialistischen viele Ähnlichkeiten, hat doch ihre Partei aus dem sozialistischen Programm fast alles, was nicht direkt im Gegensatz zu dem christlichen Prinzip steht, übernommen. Abgesehen von wenigen ganz redlichen Elementen wird die katholische Partei in zahlreichen Fragen neben der sozialistischen stehen. Der äußerste linke Flügel der katholischen Partei zeigt sogar eine Hinneigung zur bolschewistischen Strömung im Sozialismus.

Für die Energie, mit der unsere italienischen Genossen den Wahlkampf führen, zeugt es, daß sie in sämtlichen 54 Wahlkreisen, in die ganz Italien eingeteilt ist, ihre Listen aufgestellt haben, während selbst die stark katholische Partei nur in 45 Wahlkreisen kandidieren wird.

Lugano, 12. November. (W. T. B.) Die Wahlbewegung in Italien nimmt mit dem Herannahen des Wahltages (16. November) immer stärkere Formen an. Die Zeitungen fast voll von Nachrichten über die verschiedenen Parteien, die sich im Gange sind, werden die bürgerlichen Parteien sowie die bewaffneten Mächte. Nicht selten werden Verbände und selbst Tote gemeldet. Auch Wahlredner, besonders solche von kriegspropagandistischem Auf, kommen mündlich in Lebensgefahr. Die Wahlreden bieten über die Kriegshaltung der einzelnen Parteien nichts Neues, zeigen aber, daß sich der Wahlkampf nicht von beiden Seiten trennen läßt, die man dem Kriegseintritt und der Kriegspolitik Italiens zusammenhängen.

### Generalfreie in Oberitalien?

Lugano, 13. Nov. Bürgerliche italienische Blätter melden: In Mailand und Turin haben am Sonntag und Montag wiederholt Zusammenstöße zwischen Militär und Zivilisten stattgefunden. In Mailand wurde ein Demonstrationszug von bürgerlichen Gruppen gestoppt, in Turin wurden Demonstranten mit Revolvern und Gewehren erschossen. Mehrere Personen wurden dabei getötet und verwundet.

Nach einer Meldung der Corriere della Sera dauern in Florenz, Genua und Bologna die teilweise Arbeiterausstände fort. Unter der Arbeitermasse herrscht Erregung. Der Präsident von Florenz verlangte telegraphisch von der Regierung Tuppenverpflichtungen, um die Ordnung aufrechtzuerhalten. In Savona richteten die Streikenden ein Ultimatum, worin die sofortige Zurückziehung des Militärs unter Androhung eines oberitalienischen Generalfreies gefordert wurde.

### Die Ablieferung der Milchkuhe.

Berlin, 13. November. Auf eine Anfrage der demokratischen Abgeordneten Probus und Schneider (Sachsen) über die Zahl der an die Entente abzuliefernden Milchkuhe hat der Reichswirtschaftsminister folgende Antwort erteilt:

Die Kommission, die in meinem Auftrag im August 1919 wegen der Friedensverträge vorliegenden Viehlieferungen in Versailles mündlich verhandelte, wird ausdrücklich darauf hin, daß die Ablieferung der verlangten Milchkuhe unmöglich sei. Bei den mündlichen Verhandlungen ist es gelungen, folgendes zu erreichen: Frankreich, dem nach dem Friedensvertrag 90.000 Milchkuhe abzugeben ist, hat sich mit der Lieferung von 30.000 trächtigen Kühen, 30.000 Kühen in Milch und 30.000 sichtbar tragenden Kühen einverstanden erklärt. Belgien, das 50.000 Milchkuhe und 40.000 Kühen nach dem Friedensvertrag bekommen soll, erhält 5000 Kühe in Milch, 35.000 sichtbar tragende Kühe, 25.000 sichtbar tragende Kühe und 25.000 Eidmilchkuhe. Ungarn ist im Friedenvertrag verpflichtet, 140.000 Milchkuhe werden demnach abzugeben 90.000 Kühe, teils in Milch, teils tragend, während der Rest in Käsen geliefert wird.

Auch diese verminderte Ablieferung wertvoller Milchkuhe bedeutet nach einem Vorkommnis, die kaum zu ertragenden Einseitigkeit in die deutsche Volkswirtschaft und eine Gefährdung namentlich des Lebens von zahlreichen Säuglingen und Kranken. Die Urheber dieser schweren Volksschädigung sind die deutschen Kriegsverbrecher, die im besetzten Frankreich und Belgien wie die - Sinnen gebaut haben.

### Verkehrssperre "nur" bis 16. November.

Berlin, 13. November. (W. T. B.) Wie die Deutsche Zeitung aus dem Reichsverkehrsministerium erfährt, ist die Verlängerung der Personenverkehrsperre über den anfangs in Aussicht genommenen Termin nicht zu erwarten. Man ist allgemein der Auffassung, daß sie auch der Bevölkerung aus wirtschaftlichen Gründen nicht zugunsten werden kann. Das Blatt hört weiter, daß die allgemeine Wiedereingabe der Verkehrsperre nicht in Aussicht genommen ist. Man könne sich vorstellen, daß die ungenügende Wirkung des Wetters durch die qualitative Wirkung der Personenverkehrsperre zum mindesten ausgeglichen ist. Trotzdem dürfte man sich nicht darüber täuschen, daß die Verkehrsperre und die Frage der Kohlentransporte noch immer schwierig bleibt.

Aus dem Reichsverkehrsministerium wird gemeldet: Der 15. November ist der letzte Tag der Personenverkehrsperre. Vom 16. November ab werden auf sämtlichen den Hauptverkehrs- und Nebenverkehrs- und Nebenverkehrsstellen in der Reichweite der Erhaltung des Wirtschaftslebens unbedingt notwendigen Personen- und Sachverkehre wieder gelassen werden. Sollte die Durchführung dieses Verkehrs zu Schwierigkeiten in der Kohlen- und Kohlenverbringung führen, so müßte mit einer Wiederholung der völligen Personenverkehrsperre gerechnet werden.

### Der Nachhunger der Kirche.

Kirchenfürsten gegen die Verfassung.

In Pula a sagte ein Bischof von Ferrara, die ihren Einfluß auf den Staat zu vergrößern, die den kirchlichen Gebenden Bestimmungen der deutschen Verfassung rüdel. In einem Schreiben an die hohe Reichsregierung legen sie "Reichsüberwachung" ein. Die katholische Kirche sei eine Institution, deren Macht kein weltliche Gesetzgebung Grenzen und Schranken zu setzen befaßt ist. Deshalb wollen sie sich den Verfassungsbestimmungen, die einen Eingriff in die kirchlichen Rechte der Kirchen bedeuten, nicht fügen. Anstößigen könnten durch den auf die Verfassung zu leistenden Eid, selbstverständlich zu nichts verpflichtet werden, was einem göttlichen oder kirchlichen Gesetz und damit ihrem Gewissen widerspricht. Staat und Kirche seien nach christlichem Grundsatz zwei verschiedene von Gott gewollte, die sich ihrem Gebiete selbständig und darum gleichberechtigt gegenüberhalten und die Kirchenfürsten überaus hoch eine friedliche Verständigung zwischen den verantwortlichen Stellen in Staat und Kirche ohne Adversitäten sich vollziehen lassen.

Mit anderen Worten: die katholische Geistlichkeit verlangt neben der politischen Vertretung desentrums im Parlament die Anerkennung der Bischöfe, Bischöfe usw. als verfassunggebende Faktoren.

### Rechtssozialistische Revolutionstendenzen.

Aus einem Revolutionsaufreiß der Wiesfelder Volksmacht erfahren wir folgende Ergebnisse der Revolution: 1. Beseitigung des Militärismus - Abbau aller Vorrechte - Größere Rechte für Mannschaften und Kriegsgefangene - Entwidung zur Sozialisierung und Einführung der Betriebsdemokratie.

Wieser haben wir von diesen schönen Dingen noch nichts gehört. Der Militarismus scheint uns verbeibehalten worden zu sein; jeder Bauer und Arbeiter hat keine Klinte zu dem Militärismus - Abbau aller Vorrechte - Größere Rechte für Mannschaften und Kriegsgefangene - Entwidung zur Sozialisierung und Einführung der Betriebsdemokratie.

Die Wiesfelder Volkswacht ist das Organ des Staatskommunismus für den Arbeiter, Herrn Everings, der jüngst in einer rechtssozialistischen Parteiverammlung erklärte, an dem Gemeinwohl der Arbeiterklasse sei das Wohl der Nation zu setzen. Die Pressefreiheit ist in dem zitierten Aufreiß vorläufigerweise nicht erwacht worden. Sollte das nur auf eine Gedächtnisfrage zurückgeführt werden müssen?

### Denunziationspat bei den Besatzungsbehörden.

In der Düsselthorfer Zeitung, die Volkszeitung, teilt mit, daß keine Einführung in das belgische Besatzungsgebiet auf Grund einer Denunziation des Zentrumslingels, unzeitig durch das Bürgermeisterrat, verboten worden ist. Das Düsselthorfer Zentrumslingel, das in seinem Wappen auf schwarzem Grunde das leuchtende Wort trägt: "Für Wahrheit, Freiheit und Recht" teilt sich in einem zur Weitergabe an die Besatzungsbehörden bestimmten Schreiben an das Bürgermeisterrat in Oberasselt gerichtet und darauf hingewiesen, daß die Volkszeitung ein Organ der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei sei, und daß diese Partei doch bekannt sei, daß sie radikalen Vertriebenen hulzige und dem Volkswohlsten Vorhaben leiste. Der Bürgermeisterrat habe nicht einem zur Weitergabe an die Besatzungsbehörden bestimmten Schreiben an das Bürgermeisterrat weiterzugeben und mache sich so zum Träger einer auf Eigentum und gemeiner Gesinnung beruhenden Angeberei. Hierauf erfolgte das Verbot, während alle anderen rechtsrheinischen Blätter weiter zugelassen waren. Unter linksrheinischen Genossen hat sich naturgemäß eine heftige Erregung bemächtigt, sie haben sich bereits beschwerend an den belgischen Behörden gemeldet. Später, die früher die Kampfung der "Reinbe" bis zum Entschieden, wissen heute nicht, in welcher Art sie am besten die Besatzungsbehörden anhinzubringen sollen. Eine schäbige Gesellschaft!

### Preussische Landesversammlung.

30. Sitzung, Donnerstag, 13. November.

Präsident Leinert eröffnet die Sitzung um 12 Uhr 5 Min. Auf der Tagesordnung steht die zweite Beratung des Gesetzentwurfs über weitere Ausgaben der Kriegswirtschaftsausgaben der Gemeinden, sowie für die Verbilligung von Lebensmitteln. Abg. Weil (Soz.): Wir werden dem Entwurf zustimmen. Abg. Stieler (Hr.): Meinendia ist eine Erhöhung der Familienunterstützung für die Kriegsgefangenen. Abg. Wuhns (Soz.) spricht ebenfalls für erhöhte Beihilfen an die Familien der Kriegsgefangenen. Abg. Zeinert (Dn.) hat große Vorbehalte für die Zukunft unserer Gemeinden. Finanzminister Dr. Südekum: Ich erkenne die Notlage der Gemeinden voll an. Der Entwurf wird in zweiter und dritter Lesung, sowie in der Gesamtsitzung angenommen. Es folgt die Beratung des Entwurfs von Kessel (Dn.)

### Schlechte Witterung der Kadastreuten.

Abg. v. Kessel (Dn.) Der ungünstige Wintermerkmale sind unumkehrbar und haben an der Regierung die Aufgabe, die Arbeit der im Wintermerkmale zum Herausbringen der Früchte vorübergehend zu erhöhen, genügend Eisenbahnen für den Transport bereitstellen, ferner Kohlen zur Verfügung stellen, damit die angespannten Kohlenfelder gekühdert werden können. Abg. v. Kessel (Soz.): Der Antrag ist aus agrarischen Gründen gestellt worden, um gegen die Zwangswirtschaft

Sturm zu laufen. Landwirtschaftsminister Braun: Der überwiegende Teil der Kadastreute ist durch den Frost eingetrudelt worden. Das Ministerium ist bemüht, durch Stellung von Arbeitskräften helfend einzugreifen. Wir werden weiter alle Kräfte anspannen, um so zutun, was noch zu retten ist.

Ein Vertreter des Eisenbahnministeriums bemerkt, daß zum Transport der Kadastreute alles nur Mögliche geschieht.

Der Antrag v. Kessel wird, soweit er die vorübergehende Erhöhung der Arbeitszeit fordert, durch Anstaltsrat mit 116 gegen 95 Stimmen der sozialdemokratischen Parteien angenommen. Die Anordnung auf geringere Stellung von Eisenbahnwagen findet einhellige Annahme. Es folgt die erste Beratung des Gesetzentwurfs über die Verringerung und Verwaltung der preussischen Steuern.

Nach der Vorlesung geht die Veranstaltung und Verwaltung der Einkommen- und Vermögenssteuer auf die zu bildenden Finanzämter und Landesfinanzämter über.

Hierauf wird die zweite Haushaltsberatung beim Haushalts der preussischen Regierung fortgesetzt.  
Freitag 12 Uhr: Fortsetzung; vorher Anfragen.  
Schluß 5 Uhr.

**Leinert will zurücktreten.**

Der Präsident der Preussischen Landesversammlung Leinert hat der sozialdemokratischen Fraktion seine Absicht, sein Amt nicht zurückzugeben, unterbreitet, weil er gelegentlich einer Abstimmung am Schluß der Sitzung am Mittwoch von der Mehrheit im Stiche gelassen worden war. Auf Bitten der Fraktion jedoch, die ihm bezeugte, daß er im Rechte gewesen, und ihm ihr Vertrauen ausdrückte, trat Leinert von seinem Vorhaben zurück.

Veranstaltungen für Politik und Parteinarbeiten: Karl Götz, für Halle von Carltried; Gertel; Karpert; für aus der Provinz und Versammlung; Deutsche Arbeiter; für Halle: Dr. Mann; Götze; Berlin: Volkshaus 5. u. 6. u. 7. u. 8. u. 9. u. 10. u. 11. u. 12. u. 13. u. 14. u. 15. u. 16. u. 17. u. 18. u. 19. u. 20. u. 21. u. 22. u. 23. u. 24. u. 25. u. 26. u. 27. u. 28. u. 29. u. 30. u. 31. u. 32. u. 33. u. 34. u. 35. u. 36. u. 37. u. 38. u. 39. u. 40. u. 41. u. 42. u. 43. u. 44. u. 45. u. 46. u. 47. u. 48. u. 49. u. 50. u. 51. u. 52. u. 53. u. 54. u. 55. u. 56. u. 57. u. 58. u. 59. u. 60. u. 61. u. 62. u. 63. u. 64. u. 65. u. 66. u. 67. u. 68. u. 69. u. 70. u. 71. u. 72. u. 73. u. 74. u. 75. u. 76. u. 77. u. 78. u. 79. u. 80. u. 81. u. 82. u. 83. u. 84. u. 85. u. 86. u. 87. u. 88. u. 89. u. 90. u. 91. u. 92. u. 93. u. 94. u. 95. u. 96. u. 97. u. 98. u. 99. u. 100.

**Notizen.**

Die Aufhebung der Arbeiter- und Bauernräte in Oberschlesien hat der bekannte Staatsminister Göring angeordnet; sie sollen ihre Tätigkeit nach Verlegung der Gewerkschaften einstellen. — Ähnliches handelt Göring nach einer Verfügung der Exekutive, die indes ganz neu sein in sozialistischen Kreisen sein dürfte.

Hungernot in aller Welt. In den galizischen Erdbergwerken mehren sich die Hungerdemonstrationen. Die Demonstrationen verlangen sofortige Ausrüstung von Lebensmitteln und Kohlen. Die Bevölkerung fordert eine entsprechende Milderung des politischen Strafenstrafensystemes in Anbetracht einer genügenden Versorgung des Landes. — Aus allen Gegenden Sibiriens, vom Balkan, aus Südrußland kommen Flüchtlings, die Hungerstände zu finden.

Papiernot auch in Amerika. New York, 12. November. Das Da in den Vereinigten Staaten Mangel an Papier eingetreten ist, müssen die amerikanischen Zeitungen den Umfang ihrer Ausgaben herabsetzen. Deshalb werden sie die Tarife für Inkerte erhöhen.

Wiederankunft der Mongolen an China? Die Schmirker Gazette meldet aus Peking: Die äußere Mongolei, die sich seit der chinesischen Revolution von China trennte und sich an Rußland angeschlossen hatte, sandte eine Deputation nach China, um die früheren Beziehungen zu China wieder aufzunehmen, weil man glaubt, von Rußland keinerlei Unterstützung zu erwarten. Die Regierungsbürokraten der Mongolei und vor allem die Geistlichkeit legen sich hart für diesen Plan ein. Die geistlichen Behörden wünschen, daß die geistliche und weltliche Unabhängigkeit des Quindschin, bekannter unter dem Namen der lebende Buddha, sichergestellt wird. China ist bereit, dem Gesuchen zu entsprechen.

**Ausstellung über Bildungsarbeit.**

Das Arbeiter-Bildungs-Institut zu Leipzig beschäftigt anläßlich des Parteitagess der D. S. P. eine Ausstellung über die Bildungsarbeit zu veranstalten. In diesem Zweck wird um Uebertragung von Material gebeten. Auf die Programme und Beschlüsse anlässlich der Parteitagess der D. S. P. wird besonderer Wert gelegt. Aufwendung wird erbeten an die Geschäftsstelle des Allgemeinen Arbeiter-Bildungs-Institutes für Leipzig, Leipzig, Volkshaus, Feiler Straße 32 IV. Zimmer 42.

**Licht- Spiele**  
**Grosse Ulrichstrasse Nr. 51.**

**Nur für Erwachsene! Ab Freitag den 14. November täglich! Nur für Erwachsene!**

**Der gewaltige soziale Problem-Film:**

**Der Kampf um die Ehe. 1. Teil**

**6 Akte. Wenn in der Ehe die Liebe stirbt! 6 Akte.**

**Mit Gesangs-Einlage:**

**„Das Lied vom verlorenen Glück“** gesungen von der **Frau Rose Gaertner aus Leipzig.**  
Konzert-Sängerin

Wochentags Einlass 1/4 Uhr, Anfang 4 Uhr.

Sonntags Einlass 1/3 Uhr, Anfang 3 Uhr.

**Hierzu ein köstliches Lustspiel mit G. Dammann in der Hauptrolle!**

**Wegen des gewaltigen Abendandrangs bitte schon die Nachmittagsvorstellung zu besuchen!**

**Walhalla-Operetten-Theater.**  
Heute, 1/8 Uhr  
Die **Fastingstee.**  
Sonntag nachm. 1/2 Uhr als Fremdenvorstellung: **Schwarzwaldmädel.**  
Originalbesetzung.  
Kleine Preise.  
Erwachsene 1-4 Mk., Kinder die Hälfte.  
Kasse 10-11 u. 4-6 Uhr.

**Modell-Dampfkessel**  
zu kaufen gesucht, etwa 150x300, 5/8 u. V. 1/2, 3/4, 1 u. 2, 3 u. 4, 5 u. 6, 7 u. 8, 9 u. 10, 11 u. 12, 13 u. 14, 15 u. 16, 17 u. 18, 19 u. 20, 21 u. 22, 23 u. 24, 25 u. 26, 27 u. 28, 29 u. 30, 31 u. 32, 33 u. 34, 35 u. 36, 37 u. 38, 39 u. 40, 41 u. 42, 43 u. 44, 45 u. 46, 47 u. 48, 49 u. 50, 51 u. 52, 53 u. 54, 55 u. 56, 57 u. 58, 59 u. 60, 61 u. 62, 63 u. 64, 65 u. 66, 67 u. 68, 69 u. 70, 71 u. 72, 73 u. 74, 75 u. 76, 77 u. 78, 79 u. 80, 81 u. 82, 83 u. 84, 85 u. 86, 87 u. 88, 89 u. 90, 91 u. 92, 93 u. 94, 95 u. 96, 97 u. 98, 99 u. 100.

**Kanindienträge**  
rund und lang, in allen Größen.  
„Elverge“ G. m. H. N., Gr. Märkerstr. 5.

1. u. 2. gebr. Bang-u. Halb-tiefel, 1. u. 2. Militärstiefe, Gr. 27, inf. Form, billig zu verkaufen. 5988  
Bismarckstr. 16, H. II. 1.

**Spül-**  
Apparate für Frauen erhalten Sie bei 5989

Große Hirschstraße 69, gegenüber Arnold & Trautzsch.

**Gummi-**  
waren, in best. Friedensqualität, erhält, Sie bei

**Speer,**  
Große Hirschstraße 69, gegenüber Arnold & Trautzsch.

**Bandagen-**  
aller Art erhalten Sie in Ia. Qualität bei **Speer,**  
Große Hirschstraße 69, gegenüber Arnold & Trautzsch.

**Prima Velour-Hüte für Damen**  
In neuen Farbenstellungen.  
-:- Extra große Formen. -:-  
Stück **65** Mark.  
Geschäftshaus **J. Lewin**  
Marktplatz 2 und 3.

**Verlobte** 5987  
Damen werden Adresse und Leben und Gesundheit 22 Berlin SW 13, postlagernd.

**Der Sozialismus und die Intellektuellen**  
von Dr. Max Adler. Fr. 3 Mk., Porto 15 Pf.  
Eine Abrechnung mit den Rechtssozialisten  
von Prof. Carl Schlegel. Fr. 50 Pf., Porto 5 Pf.  
Was jeder vom Staatsbankrott wissen muß.  
Von Dr. Hoer. Preis 2,50 Mk., Porto 15 Pf.  
Sozialdemokratie u. Staatsbürgerliche Erziehung.  
Geschichtlich, sozial- und kritisch dargestellt von Prof. Carl Schlegel. Fr. 1,00 Mk., Preis 60 Pf., Porto 15 Pf.  
Volks-Buchhandlung, G. m. H. N., Feilerstr. 32 IV.

**Ein grosser Posten Knoll Herrenstiefeln**  
Mark 97,00.  
**ein grosser Post. Damen Strassenstiefeln**  
Mark 63,00 und Mark 65,00,  
sowie alle Arten von Schuhwaren, grösste Auswahl.  
**Max Naundorfs Schuhhaus,**  
Geiststrasse 35.

**Elektr. Piano**  
mit Xylophon und Mandoline  
(Kannenspiel) zu verkaufen. 5992  
**H. Meyer, Restaur. 2. Markgrafen,**  
Halle a. S., Brüderstr. 7. Tel. 4980.

**Apollo-Theater.**  
7 1/2 Uhr: **Die tanzende Maske.**  
Operette in 3 Akten von R. Heintze.  
Musik von Louis Tirsch a. G. 5  
Oktav. . . . . Max Willson a. G. 5  
Sonntag nachm. 2 1/2 Uhr bei klein. Preise:  
**Hänsel und Gretel.**  
Vorverkauf 9-1 u. 5-1/2, Sonntags ununterbroch.

**UT**

**Leipziger-Strasse 88** Fernruf 1224.  
**Kanni Weisses**  
in dem Film in 5 Akten  
Die **Siebzehnjährigen**  
Nach dem Schauspiel von Dr. Max Dreyer.  
Vorführ. 4.40 6.50 9.10.  
**Hansis Liebesquartier.**  
Reizvolles Lustspiel in 3 Akten mit Hansi Petrach, Otto Mücke.  
Vorführ. 4.10 6.20 8.30.  
Wie neuert. Wochenberichter.

**Alte Promenade 11 a** Fernruf 5738.  
**Lo Berger Karl Beckersachs**  
in dem Drama in 1 Vorspiel 5 Akte:  
**Der Erbe von Skialdingholm.**  
Vorführ. 4.40 6.50 9.10.  
**Wanda Treumann**  
in dem tollen Lustspiel in 2 Akten mit **Die Prinzessin von Montecuccoli.**  
Vorführ. 4.00 6.10 8.20.  
Beginn 4 Uhr.

**Ansichtskarten**  
empfeilt Volksbuchhandlung, Harz 42/44.

**Zimmerer**  
stellt ein 5816  
**J. C. Möbus, Baugeschäft, Ammendorf.**

**Winter-Paletots**  
in prima Friedensausführung  
sehr preiswert, empfiehlt:  
**Otto Knoll Nachf.,**  
Leipziger-Strasse 36, Umbau. 5980

**Maurer**  
für Baustelle Wolfen bei Bitterfeld  
sofort gesucht.  
**Karl Lingesleben, Bryandersir. 34.**











